Gastbeitrag. Bis 2029 erreicht die Hälfte aller Kassenärzte das Pensionsalter. Es müssten jährlich 434 neue ÄrztInnen nachrücken.

Lasst die Alten weiterarbeiten!

VON INGRID KOROSEC

Gesundheitsminister Rauch überraschte mich und vermutlich auch viele andere mit der Aussage, bei den Kassenverträgen an der Altersgrenze von 70 Jahren für Ärztinnen und Ärzte festhalten zu wollen. Sie wurde 2009 im § 342 4. Sozialrechts-Änderungsgesetz festgelegt. Man reagierte damals unter anderem auf das Ergebnis einer Öbig-Studie aus dem Jahr 2001, dass in 20 Jahren fast 10.000 MedizinerInnen in Österreich arbeitslos sein würden. Als weiteres Regulativ wurden 2006 Eignungstests vor dem Beginn des Medizinstudiums eingeführt.

Heute, 15 Jahre später, kann von Ärzteschwemme keine Rede sein: Kassenstellen bleiben monatelang unbesetzt, die Versorgungslage in der Kinderheilkunde und Gynäkologie ist bedenklich, Wahlarztpraxen boomen.

Dass Johannes Rauch trotzdem an der Altersgrenze festhält, ist mir unverständlich. Österreich sucht dringend nach InteressentInnen für Kassenpraxen. Neugründungen von solchen Ordinationen werden mit 100.000 Euro subventioniert. Damit soll auch die steigende Zahl der WahlärztInnen, die mittlerweile jene mit Kassenverträgen übersteigt, eingebremst werden.

An der Befürchtung, ältere Ärztinnen und Ärzte wären eine Gefahr für ihre Patientinnen und Patienten, liegt es wohl nicht. Schließlich dürfen über 70-Jährige mit einer Wahlarzt-Praxis weiterhin tätig sein – und ihre Honorare übernimmt zum Teil die ÖGK. Die Altersgrenze konterkariert damit die Absicht des Ministers, die Zahl der Wahlarztpraxen, bei denen die PatientInnen einen Teil des Honorars selbst bezahlen müssen, zu verringern. Damit gehen wir de facto in Richtung Zweiklassenmedizin.

Einerseits wird also eine Menge Geld in die Hand genommen, um für junge MedizinerInnen Kassenverträge zu attraktivieren, andererseits drängt man Ältere aus dem Beruf. Mit einer Einschränkung: Findet sich absolut keine Nachfolge für eine Kassenpraxis, darf kann man auch mit über 70 Jahren die Kassenverträge behalten.

Blick nach Deutschland

Die Abschaffung der Altersgrenze für Kassenverträge würde das Versorgungsproblem im niedergelassenen Bereich nicht beheben, aber lindern. Das zeigt ein Blick nach Deutschland. Dort fiel die Altersgrenze 2009, genau zu jenem Zeitpunkt, als sie in Österreich eingeführt wurde. 2022 zeigte eine Studie der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), dass ÄrztInnen über 65 Jahren wesentlich zur medizinischen Versorgung der Bevölkerung beitragen. Bei Ärztlichen PsychotherapeutInnen arbeitet mehr als ein Viertel weiter, bei AllgemeinmedizinerInnen 16 %, bei PsychiaterInnen 12 %, bei GynäkologInnen knapp 10 % und in der Kindermedizin immerhin noch 7 % – alles Fächer, in denen in Österreich Kassenstellen unbesetzt bleiben.

Auch die Ärzteschaft selbst profitiert von Älteren, die länger im Beruf bleiben, wie eine Umfrage des Berufsverbandes der Deutschen Chirurgie e.V. 2018 unter 1420 Ärztinnen und Ärzten aus der Generation Babyboomer (1946 bis 1964), Generation X (1965 bis 1979) und Generation Y (1980 bis 1995) ergab. Zwei Drittel hielten Ärzteteams gemischten Alters für erfolgreicher als andere Teamkonstellationen. Von den Babyboomern konnte sich immerhin mehr als die Hälfte der Befragten vorstellen, weiterhin 20 Stunden pro Woche, auf Honorarbasis oder im Mentoring, zu arbeiten.

Zwischen 2019 und 2029 erreicht die Hälfte aller Kassenärzte das Pensionsalter. Um den Status quo aufrechtzuerhalten, müssten jedes Jahr 434 ÄrztInnen nachrücken. Das funktioniert aber nicht. Meine Forderung lautet daher: Lasst die Alten weiterarbeiten.

Ingrid Korosec (*1940) ist Präsidentin des Österreichischen Seniorenbunds. Sie war Volksanwältin und zehn Jahre Abgeordnete zum Nationalrat der ÖVP.

Auf der Suche nach der demokratischen Mitte

Sag, wie hältst Du's mit der FPÖ? Für die praktische Politik nach der Wahl wird es die ÖVP brauchen: Ohne sie wird es keine Regierung geben.

Wenn man nach manchen Stimmen der veröffentlichten Meinung gehen wollte, hat die Republik momentan keine größere Sorge, als die FPÖ im nächsten Jahr von einer Regierungsbeteiligung fernzuhalten. Dabei ist es ziemlich durchsichtig, dass die Diabolisierung der FPÖ und ihres Vorsitzenden nicht den Zweck hat, das Land vor dem Faschismus zu retten, wie vorgegeben wird, sondern der ÖVP eine Koalitionsoption zu nehmen, die sie oft gehabt, aber nur selten verwirklicht hat."

Diesen Satz schrieb ich im September vergangenen Jahres an dieser Stelle. Also ein gewisses Déjà-vu für die Leser. Er ist nicht weniger richtig als vor vier Monaten, und er ist so aktuell wie damals. Man muss aber hinzufügen: Die große Sammlung aller Guten und Vernünftigen in der Republik gegen den mutmaßlichen Zerstörer der Demokratie soll vor allem dazu dienen, der SPÖ wieder in eine Regierung zu verhelfen. Dazu braucht man die ÖVP, und da die beiden emeritierten Volksparteien zusammen vermutlich keine parlamentarische Mehrheit haben werden, muss es einen dritten Koalitionspartner geben.

Werner Kogler mit seiner feinen Witterung für die politische Großwetterlage hat die Chance schon erkannt. Musste er noch bis vor Kurzem damit rechnen, angesichts des schnellen Bedeutungsverlusts der grünen Ideenwelt einer künftigen Regierung nicht mehr anzugehören, kann er jetzt wieder voller Hoffnung sein: Eine Dreierkoalition sei kein „Schreckgespenst" für ihn, erzählte er der „Kleinen Zeitung". Selbstverständlich nicht, wenn die Grünen dabei die dritte Partei sind. Nur sie hätten nämlich die Antworten auf die „große Überlebensfrage unserer Zeit", den Klimaschutz, meint Kogler. Die Neos kämen dafür nicht infrage.

DÉJÀ-VU

VON HANS WINKLER

Nichts wäre schöner für die Grünen als eine solche Kopie der deutschen Ampelregierung (nur die Farben passen nicht ganz). In Deutschland kann man besichtigen, wie zwei linke Parteien eine der bürgerlichen Mitte (die FDP) zerreiben. Das wäre in Österreich nicht anders. Was hätte die ÖVP einer stillen und offenen Allianz ihrer beiden Koalitionspartner entgegenzusetzen, selbst wenn sie den Kanzler stellte?

Die zutiefst ungeliebte ÖVP

Es gibt keinen Grund anzunehmen, die SPÖ würde eine solche Koalition aus ideologischen Gründen oder zu großen inhaltlichen Differenzen mit der ÖVP nicht eingehen. Immer wenn die SPÖ an der Regierung bleiben oder in die Regierung kommen wollte, brauchte sie dazu die zutiefst ungeliebte ÖVP. Das hat sie sich mit ihrer Ausgren- ›

PIZZICATO

Nix wie raus

Kann sich noch irgendwer an David Odonkor erinnern? Das ist jener Flügelflitzer, der seine 15 Minuten Ruhm erlangte, als er bei der Fußball-WM 2006 in Deutschland rechtsaußen durchbrach, um beim Match gegen Polen den entscheidenden „Stanglpass" zum deutschen 1:0-Sieg zu geben. Nun würde die AfD den Ex-Nationalspieler mit den väterlichen Wurzeln in Ghana am liebsten „remigrieren". Inzwischen versucht Odonkor beim RTL-„Dschungelcamp" in Australien sein Glück – und seine Popularität mit dem Verzehr von Würmern und ekligem Zeug wiederzubeleben.

Graues Winterwetter, Chaos auf Straßen und Schienen, trübe Stimmung, Zores mit der Ampelkoalition und mehr noch mit den Rechtsextremen: Man kann es den Deutschen nicht verdenken, dass sie die Koffer packen – nach dem Motto: Nix wie raus. Und sei es nur, um in den Dschungel zu ziehen, samt Lagerfeuer-Romantik.

„Ich will hier raus. Jetzt, jetzt, jetzt!": Cora Schumacher hielt es gerade drei Tage im Dschungelcamp, ehe sie vielleicht in Oliver Pochers Arme flüchtete. Die Ex des Ex-Rennfahrers Ralf Schumacher und der Comedian: Das ist das jüngste Gerücht im Boulevardstück um Pochers Ehedrama. Nur für Alexander Zverev, den deutschen Tennisstar mit russischem Migrationshintergrund, gilt bei den Australian Open genau das Gegenteil von „Nix wie raus". (vier)

E-Mails an: **thomas.viereegge@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an leserbriefe@diepresse.com

An der Wurzel packen

„Lehren aus der Causa Signa", von Christine Kary u. Jakob Zirm, 20.1.
Die Affäre Benko/Signa hätte nicht stattfinden können, wenn die ursprünglichen Bilanzierungsvorschriften mit dem strengen Niederstwertprinzip gelten würden. Aufwertungen nach angelsächsischen Bilanzierungsregeln wären dann nicht möglich gewesen. Das Vorsichtsprinzip erlaubt keine aus Aufwertungen entstehende Gewinne. Die künstlichen Gewinne können daher auch nicht substanzschädigend ausgeschüttet oder belehnt werden. Ministerin Zadić braucht nicht an zig Schrauben drehen, sondern könnte das Problem bei der Wurzel packen: weg von den angelsächsischen Bilanzierungsvorschriften, hin zu den alten, wie einst von Erich Loitlsberger gelehrten Bilanzierungsrichtlinien. Kann schon sein, dass gierige Finger dagegen lobbyieren werden.
Mag. Georg Grünn, 1190 Wien

Magenkrämpfe für Gesinnungsethiker

„Was bei der Migration so schrecklich schiefläuft", Bilanz, von Josef Urschitz, 19.1.
Die verständlich aufbereiteten Fakten werden wohl wieder nur in Herbert Kickls Reden auftauchen. Freilich dort so umformuliert, dass manche Menschen begeistert Beifall klatschen, anderen hingegen der kalte Schauer über den Rücken läuft. Aber das Versagen der EU in der illegalen Migration oder die Tatsache, dass schlecht qualifizierte Zuwanderer „auch langfristig keinen positiven fiskalischen Beitrag" leisten werden oder dass Staaten, die weniger Pull-Faktoren bieten, nachweisbar weniger Probleme haben, steht ja sogar in der „Presse", wird er sagen. Warum all das so vielen Menschen sauer aufstößt, hat wahrscheinlich auch mit der tief verankerten Einstellung zu empfundener Ungerechtigkeit zu tun. Spieltheoretiker konnten in Experimenten nachweisen, dass viele Menschen sogar individuelle Nachteile in Kauf nehmen, nur um anderen einen „nicht zustehenden" Vorteil zu verwehren. Das erklärt wohl das Angefressensein vieler „unserer Leut'" angesichts der aus ihrer Sicht unfairen, übertriebenen Sozialleistungen für Migranten. Gesinnungsethiker mögen darob Magenkrämpfe bekommen, aber das hat keine Auswirkung auf das Umfragehoch der FPÖ.
Mag. Dr. Josef Fally, 7301 Deutschkreutz

Argumente gegen AKW sind nach wie vor gültig

„Atomkraft, ja bitte …", „Quergeschrieben" v. Christian Ortner, 19.1.
Es ist unbestritten, dass AKW „grünere" Energie liefern als jene Kraftwerke, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden, und dass die modernen AKW mit der im ›